

HELMUT SCHOLZ UND GERRY WOOP

DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

CHANCEN DER AKTUELLEN KONFERENZDEBATTE – VON LINKS GESEHEN

Am 9. Mai, dem Europatag, hat eine auf mehrere Monate angelegte «Konferenz zur Zukunft Europas» begonnen. Nach einem langwierigen Aushandlungsprozess zu Mandat, Form und Arbeitsweise der Konferenz kann nun die inhaltliche Arbeit beginnen. Bereits jetzt ist klar: Die Konferenz wird nur dann ein Erfolg werden, wenn die Diskussionsergebnisse ernst genommen werden. Alibi-Debatten brauchen wir nicht. Viele Menschen stellen kritische Fragen zur Europapolitik, aber sind bereit, sich konstruktiv für die Stärkung der europäischen Demokratie einzusetzen. Die Ergebnisse des einjährigen Diskussionsprozesses müssen verbindlich sein und in praktische Konsequenzen münden. Das zögerliche Agieren einiger Mitgliedstaaten, die die Ergebnisse der Konferenz lediglich in einen Bericht einfließen lassen wollen, schafft kein Vertrauen. Die Linke wird Impulse geben für eine Veränderung der Europäischen Union und für eine vertiefte Integration.

Fast zwei Jahrzehnte sind vergangen seit der letzten großen, grundsätzlichen und EU-weiten Debatte zur Europäischen Union. Ein Konvent diskutierte damals einen Verfassungsvertrag. Der Verfassungsbegriff und die Grundrechtecharta sollten den Bürger*innen der Union ein deutliches Gefühl von Zugehörigkeit zur Union geben und dies durch ihre neu definierten formalen Rechte im Rahmen einer Verfassung stützen. Die Begrifflichkeiten sollten einen deutlichen Schritt vertiefter Integration ermöglichen und zugleich die über den Binnenmarkt hinausgehenden Erfordernisse einer tatsächlichen Wirtschafts- und Währungsunion sichtbar machen. Gleichwohl war der Verfassungsvertrag insoweit nur ein Symbol, als er an der Grundstruktur der Union als Vertragswerk von Staaten nichts änderte. Denn strukturell wäre die Union ein politisches Gebilde besonderer Art geblieben – ein Zusammenschluss von Staaten mit hohem Verflechtungsgrad durch gemeinsame Institutionen, Regeln und Verfahren. Für reale Vergemeinschaftungen einer Wirtschaftspolitik, die auf die innenpolitischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedsländer zurückgewirkt hätten, gab es dagegen keinen politischen Willen.

Es war dennoch ein beachtlicher, von oben gesetzter Versuch, der die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Integrationsprozesse aufzeigen und dadurch auch ermöglichen sollte – ohne jedoch die Substanz der neoliberalen Wirtschaftsordnung paneuropäisch zu hinterfragen. Folgerichtig lehnte die Linke in Europa einen solchen «Verfassungsansatz» ab, mit der Kritik an der darin formulierten gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik und der expliziten Festschreibung nicht eingeehrter «freier» marktwirtschaft-

licher Ausrichtung. Letztendlich brachten die knappen negativen Mehrheiten bei den Referenden in den Niederlanden und Frankreich den Verfassungsvertrag zum Scheitern. DIE LINKE fand sich bestätigt und beendete sehr schnell die Debatte um eine grundlegende Neugestaltung der europäischen Integration im Sinne Antonio Spinellis Manifest von Ventotene. Es blieb beim allgemeinen, wenn auch durchaus zutreffenden Slogan: «Ein anderes Europa ist möglich».

GROSSER ERWARTUNGSDRUCK

Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Linke in Deutschland und in der EU die Frage, wie sie sich an dieser breiten europapolitischen Debatte beteiligen wird und welchen Beitrag sie zum Gelingen einer solchen Konferenz zur Zukunft Europas leisten kann. Der Erwartungsdruck der unterschiedlichen politischen und institutionellen Akteure ist immens groß. Das zeigt schon der lange Aushandlungszeitraum zu Mandat, Form und Arbeitsweise der Konferenz zwischen Rat, Parlament und Kommission, denn es soll erstmalig ein gemeinschaftliches Unterfangen der drei zentralen institutionellen Pfeiler der EU sein. Darüber hinaus soll diese Konferenz die Verschränkung von repräsentativer und partizipativer Demokratie vornehmen. Viele Akteure gerade im zivilgesellschaftlichen Bereich, aber auch von Wirtschafts- und einzelnen Interessengruppen sind sich einig: Es kann so nicht weitergehen, es braucht dringend eine gründliche Neubestimmung des Integrationsraums EU und seiner Politik. Darüber hinaus sollen alle Aspekte und Politikbereiche der EU auf den Prüfstand gestellt werden.

Allzu große Hoffnungen auf Änderungen am Institutionengefüge oder nennenswerte Integrationsschritte sind jedoch fehl am Platz, denn die gemeinsame Erklärung von Rat, Kommission und Parlament hat bereits die Grenzen abgesteckt. Bis kurz vor Beginn der Konferenz machten viele Mitgliedstaaten deutlich, dass sie Vertragsänderungen im Kern nicht wünschen. Die immer wiederkehrenden Debatten um ein Kerneuropa, eine engere Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich oder die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei Integrationsschritten durch Staatengruppen je nach Politikfeldern stehen aktuell nicht auf der Tagesordnung. Ebenso wenig Stichworte wie Verfassung oder Republik. Es wird also viel von den beteiligten Akteuren auf der Plenarebene der Konferenz mit ihren Arbeitsgruppen, vor allem aber von den nach einem Zufallsprinzip ausgewählten Bürger*innen in den vier Bürgerpanels abhängen, ob problematisierende und deshalb neue, durchaus visionäre und zugleich zukunftsste Vorschläge oder konkrete Initiativen für eine Veränderung der heute real existierenden EU zu erwarten sind.

Es bleibt schließlich die Frage, was den französischen Präsidenten – wenige Jahre nach seiner von Kanzlerin Merkel eigentlich nie beantworteten Grundsatzrede – nun bewogen hat, mit dem Stichwort «Konferenz zur Zukunft Europas» eine solche Debatte zu initiieren, und was er damit erreichen will. Innenpolitisch möchte er vermutlich nach dem trotz allem überraschenden Sieg bei den letzten Präsidentschaftswahlen mit einem proeuropäischen Gestus genau daran anknüpfen und den Erfolg wiederholen. Nach Jahren innenpolitischer Auseinandersetzungen und wenig europapolitischem Aufbruch ist dies keine sichere Strategie. Tatsache ist: Seine Initiative wurde aufgegriffen und wird nun eigene Dynamiken entwickeln. Es lohnt sich also, genauer hinzuschauen, mitzumachen und die Gelegenheit politisch zu nutzen.

LINKE AUSGANGSPUNKTE

Hier sollen keine linken Grundsatzdebatten über die generelle Haltung zur Europäischen Union ausgeführt werden. Grundlage der folgenden Betrachtung ist der faktisch mit den Verträgen über die Europäische Union gegebene Rahmen und die in allen Bereichen vorangetriebene Politik der EU. Es geht um konstruktive linke Politikimpulse, die zugleich auf eine Veränderung der Europäischen Union und auf eine vertiefte Integration abzielen. Für die Partei DIE LINKE waren die zentralen Konfliktfelder der letzten Dekaden die gemeinsame Währung in ihren politischen und strukturellen Konsequenzen, die sozialen Defizite infolge von Dumpingwettbewerb, die neoliberale Wirtschaftspolitik, die Struktur- und Regionalpolitik, die gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik – alles miteinander zusammenhängende Politikbereiche – und schließlich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Letzteres kann hier nicht vertieft werden, wenngleich sie Gegenstand aktueller Schwerpunkte der Ratspräsidentschaften und der Kommission unter der Überschrift «Europas Platz in der Welt» ist. Und zweifellos wird diese Politikebene enormen Stellenwert gerade hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Aufstellung der EU und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit erlangen. All dies im Lichte einer aus Sicht der Kapitallogik zwingend notwendigen Verlängerung des Binnenmarkts in die globale Dimension, der Formulierung einer eigenständigen Industriepolitik 4.0 im digitalen Zeitalter und der notwendigen tiefgreifenden wirtschaftlichen Umstrukturierungen angesichts von Klimawandel und Zero-Emissions-Programmen. Noch scheint die GASP vor allem ein Thema

für Spezialisten*innen zu bleiben, während in anderen Politikfeldern wie der sozialen Dimension oder der Gesundheitsunion intensive und vertiefte Diskussionen zu erwarten sind. Für DIE LINKE war in den vergangenen Jahren auch die Migrationspolitik oder genauer das Versagen der EU auf diesem Gebiet ein zentrales Thema.

Unbedingt hervorgehoben werden muss das Engagement für ein soziales Europa, das linke Europapolitik seit jeher prägt. Wie sind angesichts des notwendigen ökonomisch-ökologischen Umbaus die sozialen Herausforderungen im gemeinschaftlichen Diskurs und Strukturverständnis einer EU konkret anzugehen? Welche Antworten sind die EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme für ein soziales Europa bereit zu geben? Mit der Sozialcharta und den Beschlüssen des Sozialgipfels von Göteborg sowie den darauffolgenden Prozessen zur Gestaltung und Umsetzung der sozialen Dimension ist ein Prozess eingeleitet worden, zu dem linke Europapolitiker*innen aus verschiedenen Positionen – parlamentarisch, außerparlamentarisch, wissenschaftlich, aus der Exekutive heraus, auf Ebene der Länder, des Bundes und europäisch – aktiv beigetragen haben. Das reicht aber bei Weitem noch nicht.

Mit der zeitweise sehr deutlich gewordenen Unfähigkeit des Neoliberalismus, auch nur angemessene Vorschläge zur Bewältigung der vielfältigen und zum Teil miteinander verschlungenen Krisenprozesse zu unterbreiten, ist vielleicht eine neue Situation entstanden. Eine Situation, in der weitergehende Entwicklungen möglich sind und auch von einem breiteren Spektrum – bis in konservative Kreise hinein – als nötig oder akzeptabel angesehen wurden. Es gab jedenfalls Raum für eine erfolgreichere linke Politik und substanzielle Veränderungen in der EU. Wenn nun mit der Konferenz zur Zukunft Europas Debatten zu den unterschiedlichsten inhaltlichen Schwerpunkten geführt werden, wird europäischer Politik eine Zeit lang besondere politische und öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwerden. Dieses Zeitfenster gilt es zu nutzen: «The future is in your hands – Die Zukunft ist in eurer Hand». So allgemein der Slogan ist, so richtig ist er. Gerade die Linke sollte die Konferenz nutzen, hier können und sollten linke Politikinhalt eingebracht werden.

REALE ENTWICKLUNG UND LAGE DER UNION

Durch den Brexit verließ mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedstaat die Europäische Union. Dass die zweitgrößte Volkswirtschaft den Integrationsraum verlässt, ist eine ökonomische, aber viel mehr noch politische Zäsur, die noch lange nicht abgeschlossen ist. Praktisch haben alle Beteiligten über Jahre hinweg wichtige personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen verschwendet, um die Schäden des Brexits zu minimieren. Das knappe Votum der Brit*innen für den Austritt widerspiegelte aber auch die fatalen Versäumnisse, über Jahrzehnte mit dem einseitigen Blick auf wirtschaftliche Vorteile entstehende Defizite in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht berücksichtigt zu haben. Die Diskrepanz zwischen Wort und Tat, also auch zwischen Botschaft «von oben» und bitterer Erfahrung «von unten», stärkte letztlich auch radikale Positionen. Zweifellos ein gewichtiger Anlass, um an der gerade beginnenden Zukunftskonferenz auch Bürger*innen zu beteiligen. Darüber hinaus sei noch einmal festzuhalten: In die Zeit des Brexits fielen zugleich auch die alle bewegenden Herausforderungen der Klimakrise, die Migrationsbewegungen und die Verhandlungen um den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027.

Letztere mussten mit einem schwierigen und zu Recht kritisierten Kompromiss enden, da sie die neuen Herausforderungen im finanziell engeren Rahmen mit den laufenden Aufgaben und vor allem der Kohäsionspolitik zu verbinden suchten. Gerade die Kohäsionspolitik ist traditionell ein Kern des europäischen Integrationsprozesses. Hier geht es – vertraglich vereinbart und verbal immer wieder betont – um Angleichungsprozesse mit tiefgreifenden wirtschaftlichen, regionalen und sozialen Auswirkungen. Auch wenn die Strukturfonds nicht alles ausgleichen können, was an Fehlanreizen durch die neoliberale Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen wurde und was über viele Jahre sich an Problemen in einem Staatenverbund anhäuft, so prägten die mit den Strukturfonds geförderten Projekte bei den Bürger*innen das Bild einer sinnvoll fördernden EU vor Ort und machten diese als sozialer Akteur bei Projekten des Europäischen Sozialfonds erlebbar. Zumindest in der Fläche aller Regionen werden im Ergebnis der Auseinandersetzungen diese – nun relativ gekürzten – Instrumente weiter wirksam bleiben können.

NEUE ROLLE: KOORDINIEREND UND UNTERSTÜTZEND

Mit der weitweiten Covid-19-Pandemie sah sich die EU 2020 vor eine völlig neue Herausforderung gestellt. Auf einmal musste sie ihre koordinierende und unterstützende Rolle in wirtschaftlichen, gesundheitspolitischen und Mobilitätsfragen sowie als globaler Akteur gegenüber den Mitgliedstaaten mit ihren auf nationaler Ebene verbliebenen Kompetenzen neu formulieren und durchsetzen. Nach anfänglichen Friktionen gelang es, mit ihrer Marktmacht Impfbestellungen für die Mitgliedstaaten zu gewährleisten und diese solidarisch aufzuteilen. Ambivalent zu bewerten ist die Beteiligung an den internationalen Bemühungen zur Impfstoffbereitstellung über die WHO. Sie kann allerdings nicht über die ungleiche Verteilung des Impfstoffs in der Welt hinwegtäuschen und darüber, dass es gerade die EU war, die die nötigen Freigaben von Lizenzen verweigerte. Die EU hat die außerordentliche und am Ende erfolgreiche Beschleunigung von Forschungsaktivitäten unterstützt, ihre Regeln für den Binnenmarkt angepasst und vor allem ein Wiederaufbauprogramm entworfen, das einzigartig ist in der EU-Geschichte. In kürzester Zeit wurde ein Programm mit 750 Milliarden Euro aufgesetzt, um auf die Pandemie und ihre Folgen zu reagieren. Diese, auch im Vergleich zum daneben laufenden Finanzrahmen, immense Summe wird teilweise in Zuschüssen ausgezahlt und soll über erstmals durch die EU aufgenommene Kredite finanziert werden.

Dieses neue Finanzierungsinstrument ist erstaunlich und wäre so vor der Pandemie undenkbar oder zumindest unrealisierbar gewesen angesichts der Notwendigkeit, in allen Mitgliedstaaten ratifiziert zu werden. Mehr noch ist die gemeinsame Übernahme von entstehenden Lasten als Gemeinschaftsaufgabe ein zwar erst sehr kleiner, aber umso wichtiger erster Schritt hin zu einem Paradigmenwechsel. Zusammen mit der parallelen Einigung auf die Einführung von Eigenmitteln für den EU-Haushalt könnte dies künftig neue Grundlagen für eine eigenständige Wirtschafts- und Haushaltspolitik der EU schaffen. Deshalb war sie auch so heiß umstritten, politisch zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten umkämpft und sicherlich intensiver öffentlicher Diskussion wert. Daran lässt sich anknüpfen in den weiteren Prozessen, die auf die unmittelbare Pandemiezeit folgen und Debatten zu Investitionen, Haushaltsgestaltung und wirt-

schaftspolitischer Orientierung bringen werden. Nicht zu vergessen ist außerdem, dass das Wiederaufbauprogramm von Anfang an konzeptionell mit den Anforderungen des Green Deal und der Digitalisierungsziele verbunden wurde.

Zu den gegenwärtigen Rahmenbedingungen in der EU gehört schließlich noch die spannungsreiche Diskussion um Rechtsstaatlichkeit. Die innenpolitischen Entwicklungen in Polen oder Ungarn, dort konzeptionell noch aufgeladen mit dem Begriff der illiberalen Demokratie, die faktisch die Meinungsfreiheit einschränken und Grundmechanismen rechtsstaatlicher Grundsätze infrage stellen und teilweise verletzen, zehren an der politischen und Wertesubstanz der Europäischen Union. Es geht um nicht weniger als darum, wie der nicht einfach zu realisierende, vielmehr überaus widersprüchliche Anspruch auf demokratische Verfasstheit der EU-Gesellschaften zu erhalten ist und wie die konstitutionell und rechtlich garantierte Möglichkeit für jede*n Einzelnen, an der politischen Entscheidungsfindung mitzuwirken, im politischen Alltag abgesichert werden kann. Die Verfahren der Kommission gegen die umstrittenen Maßnahmen in Polen und Ungarn sind sowohl formaler als auch grundsätzlicher und politischer Natur: In welcher Union mit welchen Grundwerten, gemeinsamen Regeln und Maßstäben wollen wir leben und den Integrationsraum vertiefen? Es ist kein Zufall, dass die betreffenden Regierungen zu den Kritikern der vertieften Integration zählen; die EU als lockerer Staatenbund, primär als Markt mit Förderprogrammen reicht ihnen.

Dies wird sicherlich eine der wichtigen Debattenlinien auf der Konferenz sein müssen, weil es dabei um unsere Werte, um die kulturellen und historischen Erfahrungen, um Bildung und Kultur, um Informationsgewinnung und -zugänge, um Transparenz und gesellschaftliche Kontrolle geht. Vor allem aber geht es auch um neue Formen der Politikgestaltung quer durch alle sozialen Schichten und demografischen Strukturen und somit um Hoffnungen und gemeinsame Verantwortung für die Gestaltung unserer Gesellschaften. Denn eins ist sicher: Ohne politische Union hat die EU langfristig keine Ausstrahlungskraft, keine innere Stärke und damit keine Veränderungsmacht.

MÖGLICHKEITEN AUS DER KONFERENZ-DISKUSSION

Die Darstellung der Rahmenbedingungen sollte deutlich machen, dass es bei der anstehenden Konferenz nicht um ein bloßes Wiederaufnehmen alter Integrationsdebatten geht. Es sind spezifische Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und konkrete Hürden dabei zu überwinden. Die Europäische Union muss gerade nach dem Verlust eines starken – wenngleich oft auch schwierigen – Mitglieds ihren Wert für die 27 Mitgliedstaaten und alle in ihnen lebenden Menschen beweisen. Aktuelle Umfragen zeigen, dass sich Mehrheiten allgemein eine Sozialunion wünschen. Dass die Migration gemeinsam und solidarisch gestaltet werden muss, liegt auf der Hand und ebenso, dass dies auch von der EU zu Recht erwartet wird. Die Erwartung, dass die EU resilienter wird gegenüber externen Schocks und Notfällen wie Pandemien, dass gemeinsam in einer Gesundheitsunion geforscht und gemeinsam wie solidarisch gehandelt wird, ist ebenso offenkundig. Auch wirtschaftlich ist verstärkte Kooperation notwendig und nicht zuletzt gilt es, den globalen Herausforderungen auch gemeinsame Lösungen gegenüberzustellen. Insofern bieten die gegebenen Rahmenbedingungen sowie die genannten Herausforderungen und kon-

kreten politischen Themen den Stoff für die Diskussion zur Zukunft der Europäischen Union.

Mit der Konferenz wird ein breiter Partizipationsprozess angestoßen, den es aktiv und konkret zu untersetzen und vor Ort sehr praktisch auszugestalten gilt. Thematisch sind keine wirklichen Grenzen gesetzt. Zusätzlich zu den eigentlichen Konferenzstrukturen zeigt eine interaktiv gestaltete digitale Plattform – als der verlängerte Arm der Konferenz in die Gesellschaften aller 27 Mitgliedstaaten hinein und bewusst paneuropäisch aufgebaut – zehn Themenbereiche an, in die alle wichtigen Fragen eingebracht werden können. Das sind Andockpunkte für Positionen zu Mindestlöhnen, Mindeststandards beim Sozialschutz, bei Arbeitszeiten, Urlaub, Erziehungszeit, gleichen Löhnen für Mann und Frau, also für Regelungsrahmen, die keinen Dumpingwettbewerb erzeugen. Es sind Themen wie Mindestbesteuerung, Kampf gegen Steuervermeidung, Veränderung von neoliberalen Grundkonstruktionen in der Wirtschafts- und Währungsunion, der Forschungskoooperation und -ausrichtung sowie der Industriepolitik setzbar. Auswahl und Konzentration bei den Diskursakteuren machen dabei durchaus Sinn, am besten in Abstimmung und in Kenntnis der unterschiedlichen Ressourcen und Möglichkeiten.

Es geht also nicht darum, nur Licht und Schatten festzustellen, sondern die Schatten sollten als Erfordernis politischen Agierens gesehen und mit konkreten Vorschlägen bearbeitet werden. Die Aufmerksamkeit dafür ist da, das Interesse der Bürger*innen und der Medien ebenso infolge des breit angelegten und mit einigem Aufwand organisierten Konferenzprozesses über alle Mitgliedstaaten und zahlreiche Institutionen hinweg.

Menschen in allen Mitgliedstaaten und darüber hinaus – es gibt also kein EU-zentristisches *geoblocking* –, zivilgesellschaftliche Akteure, Verbände, regionale, nationale oder länderübergreifende Initiativen, Gewerkschaften oder auch Parteien und Bewegungen können sich direkt mit ihren Initiativen beteiligen, ebenso Ausschüsse in Landtagen, Landesregierungen, die Europaministerkonferenz, der Bundestag, der Ausschuss der Regionen oder das Europäische Parlament – sie sind sowohl Akteure in der Konferenz als auch mögliche Nutzer*innen der Plattformen für die genannten oder andere Themen.

BETEILIGUNGSFORMEN

Neben einem lenkenden Exekutivausschuss kommt der Plenarversammlung eine zentrale Rolle zu. Sie ist mit fast 300 Vertreter*innen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sowie von Zivilgesellschaft, Verbänden und Bürgerforen besetzt, um Schlussfolgerungen zu erarbeiten und diese nach gegenwärtiger Vorstellung dem Exekutivausschuss weiterzuleiten, der dann wiederum ein Konferenzfazit mit konkreten Empfehlungen erarbeiten muss.

Die Panels mit jeweils 200 Bürger*innen, die per Zufallsprinzip ausgewählt werden, sollen genderquotiert und zu einem Drittel jung (16 bis 24 Jahre alt) sein sowie die Vielfalt der Gesellschaften abbilden. Die Arbeit der Panels soll im frühen Herbst beginnen. Für 2021 sind noch drei Arbeitstreffen geplant. Die Beteiligung an der Konferenz wie auch der digitalen Plattformen wird in den 24 EU-Sprachen ermöglicht. In den Bürgerpanels werden Berater*innen zur Verfügung stehen, um eine möglichst stringente, offene, sachkundige und zielorientierte gemeinsame Beratung zu den Themenkomplexen zu ermöglichen.

Neben dem Feedback-Mechanismus, der die Verschränkung der Ebenen und einen gemeinsamen Überblick und

gegenseitige Verständigungen über die noch zu diskutierenden bzw. jeweils schon erarbeiteten Themen und Positionen gewährleisten soll, wird auch die Einbeziehung des Diskussionsstands auf der digitalen Plattform in die Arbeitsprozesse der Konferenz eine wichtige Rolle spielen.

Deshalb sollte gerade dieser öffentliche Teil der Konferenz genutzt werden, um jede Menge eigener Themenangebote, Konferenzen und Debattenrunden sowie konkrete individuelle oder auch kollektive Meinungen und Diskussionsbeteiligungen in und zu den zehn Themenachsen auf den Weg zu bringen.

PERSPEKTIVEN

Von französischer Seite ist ein schneller Konferenzablauf gewünscht, schon im Frühjahr 2022 soll ein Ergebnis vorliegen. Zugleich sagt alle politische Erfahrung, dass solche Prozesse eine Eigendynamik entwickeln, die enge Terminpläne sprengen. Wenn die Debatten bei großem Interesse mehr Zeit brauchen oder wenn die Vorschläge über den Vertragsrahmen hinausgehen, dann wird es wichtig sein, im Prozess die Möglichkeit zu schaffen, diesen Bedürfnissen nachzugehen. Mit einem Zwischenergebnis 2022 ließe sich das Mandat fortsetzen und anpassen. Mit Empfehlungen der Bürger*innen, der Plenarversammlung und des Exekutivausschusses ließe sich einordnen, welche Ideen in welchem Format und auf welcher Zeitleiste vertieft werden sollen. Bis hin zur Perspektive eines neuen Konvents, der langfristig auch wieder grundsätzliche Reformen entwickelt, wären Optionen zu erörtern.

Für eine linke europafreundliche Sicht besteht die Herausforderung darin, den Prozess zu einer sozialen, demokratischeren, friedlichen, solidarischen und viel integrierteren Europäischen Union mitzugestalten und in diesem Sinne die Diskussionen der Konferenz zur Zukunft Europas zu prägen. Der Ausgang der Debatten ist ungewiss, aber Räume für kritisch-konstruktive Auseinandersetzungen, für überzeugende Argumentationen, für das Ringen um Konsens und Mehrheiten sind da. Und damit die Chancen für sinnvolle Veränderungen. Chancen, die es zu nutzen gilt.

Helmut Scholz (Jg. 1954) studierte Internationale Beziehungen, ist seit 2009 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Mitglied im Handelsausschuss und im Verfassungsausschuss; aktuell ist er auch als Vertreter der Fraktion THE LEFT (DIE LINKE) als Beobachter im Exekutivausschuss der Konferenz zur Zukunft Europas. Gerry Woop (Jg. 1968) ist Politikwissenschaftler und ehemaliger Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er absolvierte am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) der Universität Hamburg einen Masterstudiengang in Friedens- und Konfliktforschung. Seit 2017 arbeitet er in der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa als Europastaatssekretär.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 3/2021 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Alrun-Kaune Nüßlein
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: Mai 2021
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.